

**Berichterstattung von Dr. M. Krapp in der 38. Plenarsitzung am 4. Mai 2006 zu
TOP 1:
"Verbraucherfreundliche und marktgerechte Energiepreise in Thüringen"**

Der heutigen Beratung zu TOP 1 liegt der Antrag „Verbraucherfreundliche und marktgerechte Energiepreise in Thüringen“ der Fraktion der SPD in der Drucksache 4/1312 vom 01.11.2005 zu Grunde. In der ersten Beratung des Landtages dazu am 10.11.2005 hat der Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit für die Landesregierung das Berichtersuchen nach Ziffer 1. des Antrages durch einen Sofortbericht erfüllt.

Als Ursachen für die unbefriedigende Preisentwicklung in Thüringen hat Minister Reinholz den weltweit wachsenden Energiebedarf, die notwendigen hohen Investitionen in den Neuen Ländern, die verschleppte Marktöffnung im Energiesektor und staatliche Sonderlasten durch diverse Energiesteuern und Energiegesetze der letzten Jahre genannt.

Gleichwohl hat laut Sofortbericht die Thüringer Landesregierung bereits im vergangenen Jahr der Entwicklung nicht tatenlos zugesehen, sondern durch verschiedene Maßnahmen den Preisanstieg bei Thüringer Energieunternehmen gedämpft. Da die mit den Regionalversorgern eng verflochtenen Großversorger nur auf Bundesebene kontrolliert werden können, bemühe sich die Landesregierung unbeschadet ihrer Energie- und Kartellaufsicht um eine Übertragung von Regulierungsaufgaben auf die Bundesnetzagentur.

Die Ziffern 2. und 3. des Antrages wurden am 10.11.2005 in den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen. Dieser befasste sich am 02.12.2005 erstmalig mit diesen Ziffern und beschloss eine schriftliche Anhörung. Die Fragen des Ausschusses gliederten sich in die Komplexe:

- Bedarfssituation Erdgas,
- Preisfaktoren Erdgas,
- Bindung des Gaspreises an den Ölpreis und
- Energiewirtschaftsgesetz.

Angehört wurden:

- E.ON Thüringen,
- VNG Verbundnetz Gas AG,
- Bund der Energieverbraucher,
- Verbraucherzentrale Thüringen,
- Verband Kommunaler Unternehmen VKU, Landesgruppe Thüringen,
- Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft (VTW),
- Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK),
- Rheinisch-westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,
- Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft, Landesverband Ost,
- Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) e.V.,
- Gemeinde- und Städtebund Thüringen,
- VER.DI, Fachbereich Ver- und Entsorgung,
- Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Weiterhin hat sich der Ausschuss von der Landesregierung Übersichten über ihre Vorstellungen zur Aufgabenabgrenzung zwischen Bund und Land im Energiewirtschaftsrecht und zu den Tarifstrom- und Gaspreisen im Haushalt- und Kleinabnehmerbereich in Thüringen mit Stand vom 01.01.2006 erarbeiten lassen.

Der Ausschuss befasste sich erneut auf Basis der vorliegenden Unterlagen mit dem Beratungsgegenstand in seinen Sitzungen am 20.01.2006 und 24.03.2006.

Ziffer 2.c) des Antrages wurde mit Zustimmung der Antragsteller unter Beachtung der aktuellen Entwicklung für erledigt erklärt. Ziffer 2.e) des Antrages wurde vom Antragsteller zurückgezogen, da nach Auswertung der Anhörung keine eindeutige Aussage zur Wirkung einer Aufhebung der Ölpreisbindung zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu treffen ist. Die Frage wird erst dann wieder aktuell, wenn ein echter Erdgasmarkt für die Verbraucher installiert ist.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, den Ziffern 2.a), b) und d) des Antrages der SPD-Fraktion – Drucksache 4/1312 – zuzustimmen. Ziffer 3. des Antrages wurde mehrheitlich abgelehnt. Da Ziffer 1. bereits durch den Direktbericht der Landesregierung erledigt war, hat der Ausschuss eine Neufassung des Antrages vorgeschlagen, der Ihnen in Drucksache 4/1829 als Beschlussempfehlung vorliegt.